

ebenfalls eine Zeitungsgruppe. Das 1983 gegründete Blatt, das dem Staatsrat untersteht, ist eine überregionale Zeitung, die vornehmlich Wirtschaftsnachrichten bringt. Sie besitzt mehrere Zeitungen und Zeitschriften, darunter die *Zhongguo huahui bao*, *Zhongguo fuzhuang bao*, *Zhongguo qiyejia* und *Zhongguo jingji xinwen*. Die *Wirtschaftszeitung* soll sich ferner um den Kauf der *Nanchang wanbao* (*Nanchanger Abendzeitung*) und der Hongkonger Zeitung *Ching Chi Tao Pao* bemüht haben. (Vgl. *Ming Pao*, Hongkong, 10.4.98, nach SWB, 22.4.98; XNA, 9.6.98.) Inwieweit die Bemühungen erfolgreich waren, ist nicht bekannt.

Die genannten Zusammenschlüsse sind nicht die ersten Zeitungsgruppen in China. Der Anfang wurde im Jahre 1995 in der Provinz Guangdong mit der Gründung der *Guangzhou ribao*-Zeitungsgruppe gemacht (SCMP, Internet Ed., 10.6.98). Im Mai dieses Jahres erhielten die *Nanfeng ribao*, das Parteiorgan der Provinz Guangdong, und die Guangzhouer Abendzeitung *Yangcheng wanbao* die Genehmigung, jeweils eine eigene Zeitungsgruppe zu etablieren (*Nanfeng ribao*, 19.5.98, nach SWB, 2.6.98; XNA, 9.6.98). Diese drei großen Guangzhouer Zeitungen sollen in einem harten Konkurrenzkampf zueinander stehen (*Ming Pao*, Hongkong, 6.2.98, nach SWB, 7.2.98), so daß anzunehmen ist, daß ihre Expansion aus Wettbewerbsgründen erfolgte.

Übrigens soll die *Volkszeitung* (*Renmin ribao*), die ebenfalls mehrere andere Zeitungen besitzt, als erstes Presseorgan versucht haben, ein Konglomerat zu gründen. Aufgrund der besonderen Rolle dieses Blattes als offizielles Organ der KPCh wurde dieses Ersuchen jedoch vorerst von der Partei abgelehnt (*Ming Pao*, Hongkong, 10.4.98, nach SWB, 22.4.98). -st-

Außenwirtschaft

17 Wirtschaftliche Dimensionen der Clinton-Reise

Obwohl die Reise von US-Präsident Clinton im Zeichen der amerikanischen Botschaft von Demokratie und

Menschenrechten stand, sollten die wirtschaftlichen Dimensionen der Reise nicht unterbewertet werden. Die US-Regierung signalisierte mit der Reise von Clinton, daß China nicht nur im sicherheitspolitischen Bereich als Partner eine wichtige Rolle spielen sollte, sondern inzwischen auch eine herausragende wirtschaftliche Bedeutung für die USA hat. Kontroverse Positionen wurden beim Clinton-Besuch durchaus offenbar, scheinen jedoch eine Annäherung nicht zu behindern. Da die Reise nach China in den USA von heftiger Kritik der Opposition begleitet war, die u.a. sowohl Zeitpunkt (Juni) als auch Orte der Begegnung (Clinton auf dem Tiananmen-Platz) beklagten, sind allerdings die wirtschaftlichen Aspekte der Reise bewußt nicht in den Vordergrund gespielt worden. Offensichtlich wollte sich die Regierung keinen zusätzlichen Vorwürfen aussetzen, daß ökonomische Interessen Fragen wie Menschenrechte und Demokratie übergeordnet würden.

Daß eher die politische Annäherung Schwerpunkt der Clinton-Reise sein sollte, wurde bereits mit der Zusammensetzung der Delegation demonstriert. So waren keine hochrangigen Unternehmensvertreter in der Delegation mitgereist, und viele Geschäftsabschlüsse wurden vor Clintons Eintreffen in China getätigt. (NZZ, 27./28.6.98) Dennoch wurden einige wichtige Verträge und Abkommen unterzeichnet, die die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen weiter intensivieren werden. Ersten Veröffentlichungen zufolge sollen sieben Verträge und Vereinbarungen mit einem Volumen von rd. 2 Mrd. US\$ abgeschlossen worden sein. (NfA, 30.6.98) Hierzu zählen insbesondere:

Kauf von Flugzeugen:

Abschluß eines Kaufvertrages mit Boeing über zehn Flugzeuge vom Typ 737 mit einem Verkaufswert von rd. 400 Mio. US\$. Über den Kauf weiterer 17 Flugzeuge im Werte von 800 Mio. US\$ wurde eine Absichtserklärung von beiden Seiten unterzeichnet. Lediglich der Kauf der zehn Flugzeuge ist ein neuer Abschluß, da die Zusagen für den Kauf der übrigen Flugzeuge bereits bei dem Besuch von Jiang Zemin in den USA im Oktober 1997 im Vertragspaket von rd. 3 Mrd. US\$ inbegriffen waren. (IHT, 30.6.98)

Ursprünglich hatte Boeing einen Abschluß erwartet, der den verbindlichen Kauf einer wesentlich größeren Anzahl von Flugzeugen eingeschlossen hätte. Als Gründe für den eher bescheidenen Abschluß sehen Analysten die schwierige Situation vieler inländischer Fluglinien. Die Gesamtverluste der elf Fluglinien betragen offiziellen Statistiken nach im 1. Quartal 1,7 Mrd. Yuan (205 Mio. US\$). Die Asienkrise soll die Erwartungen der Fluglinien für dieses Jahr deutlich verschlechtert haben. (AWSJ, 23.6.98) Nach Schätzungen von Boeing wird die Asienkrise das gesamte Asiengeschäft beeinträchtigen. Das Unternehmen rechnet damit, daß in den nächsten fünf Jahren 150 Flugzeugaufträge weniger aus Asien kommen werden, Boeing selbst geht von einer Auftragseinbuße von rd. 60 Flugzeugen in den nächsten drei Jahren aus. (AWSJ, 19./20.6.98) Nach Angaben von Zeng Peiyan von der Staatlichen Planungskommission hat China bisher insgesamt 387 Flugzeuge von den Unternehmen Boeing und McDonnell Douglas bestellt. (16.6.98)

Kooperation im Automobilssektor:

Kurz vor dem Clinton-Besuch wurde eine Vertiefung der Zusammenarbeit im Automobilssektor zwischen General Motors (GM) Corp. und FAW Jinbei Automotive Co. bei der gemeinsamen Produktion von Chevrolet-Sportfahrzeugen und Kleinbussen in Shenyang (Provinz Liaoning) vereinbart. Das Joint Venture-Projekt hat ein Volumen von 230 Mio. US\$. Im Gemeinschaftsunternehmen Jinbei GM Automotive Co. soll im Jahre 2000 die Produktion aufgenommen werden. Im ersten Jahr sollen 4.000 Fahrzeuge und dann schrittweise nach Marktlage bis zu 50.000 Fahrzeuge hergestellt werden.

Das chinesische Partnerunternehmen FAW Jinbei Automotive war 1995 aus dem Zusammenschluß der Jinbei Automotive Co. und der First Auto Works hervorgegangen. Bei dem neuen Joint Venture handelt es sich um die Umstrukturierung eines mit Jinbei 1992 abgeschlossenen Gemeinschaftsunternehmens. Aufgrund der Veränderungen in Chinas Automobilindustrie, z.B. der Zusammenschluß von FAW und Jinbei, mußte GM seine frühere Vereinbarung neu organisieren. Damit verbunden ist eine Aufstockung der Investitionen von GM, die anfänglich

132 Mio. US\$ betragen hatten. Bis-her beläuft sich der in Shenyang her-gestellte Anteil an der Produktion auf 40%, doch soll dieser auch aufgrund einer möglichen Abwertung schnell er-höhrt werden.

GM hat in China bereits 18 Joint Venture-Unternehmen, einschließlich der über seine Unternehmen Delphi Automotive Systems und Delco Electronics abgeschlossenen Gemein-schaftsprojekte. Ende 1998 soll das Joint Venture-Unternehmen mit der Shanghai Automotive Corp. den Be-trieb aufnehmen. Dort wird dann die Marke Buick produziert; die Jahres-kapazität der Fabrik soll schrittweise 100.000 Fahrzeuge erreichen. (AWSJ, 23.6.98; SCMP, 23.6.98)

Kooperation im Telekommunikationsbereich:

Zwischen den Unternehmen Lucent Technologies und Motorola Inc. auf der amerikanischen Seite und dem Mi-nistry for Information Industries auf der chinesischen Seite wurde eine Ver-einbarung unterzeichnet, nach der an China Ausrüstungen für Telefon- und kabellose Übertragung im Wert von 300 Mio. US\$ geliefert werden sollen. (AWSJ, 23.6.98; XNA, 24.6.98)

Kooperation in Energiebereich:

Zwischen zwei chinesischen Energie-unternehmen und dem US-Unterneh-men Telluride International Energy (Joint Venture zwischen Oxbox Power Corp. und dem chinesischen Unter-nehmen Sithe China Holdings) wurde ein Vertrag über ein Kohlekraftwerk mit einer Leistung von 600 Megawatt und einem Bauwert von 415 Mio. US\$ unterzeichnet. (AWSJ, 23.6.98; NZZ, 27./28.6.98)

Andere Vereinbarungen:

Dazu zählt die Genehmigung der chi-nesischen Zentralbank, eine Repräsen-tanz des US- Versicherungsunterneh-mens Liberty Mutual Group in der Stadt Chongqing zuzulassen. Das Ver-sicherungsunternehmen hatte Chong-qing als Standort ausgewählt, weil davon ausgegangen wird, daß die Stadt eine herausragende Rolle bei der Entwicklung und Modernisierung von Zentralchina spielen wird. (SCMP, 3.6.98) Andere Verträge umfassen die Lieferung von Turbinen im Werte von 162 Mio. US\$ durch General Elec-tric Co., Fairfield, sowie einen Auftrag über die Lieferung von Kunstdünger

über 400 Mio. US\$ durch Phoschem, Cargill Trading und Hydro Farmland. (NfA, 30.6.98) General Electric soll ebenfalls eine Absichtserklärung über den Bau eines erdgasbefeuereten Kraft-werkes in Hainan unterzeichnet ha-ben, das eine Leistung von 700 Me-gawatt und ein Investitionsvolumen von rd. 1,5 Mrd. US\$ aufweist. (NZZ, 27./28.6.98)

Während des Clinton-Besuchs gab es allerdings keine Fortschritte hin-sichtlich des Beitritts Chinas zur WTO. Die Handelsabgesandte der USA, Charlene Barshefsky, sieht bis-her noch nicht alle Voraussetzungen für die Aufnahme Chinas erfüllt. Nach Einschätzung von Barshefsky habe die chinesische Regierung noch nicht dar-über entschieden, ob der WTO-Bei-tritt mit den eigenen Entwicklungsplä-nen übereinstimme. Sie glaube nicht, daß die politischen Führer in der VR China davon überzeugt seien, daß ein Beitritt ihnen ausreichend Flexibilität bei der Umsetzung ihrer internen Re-formen erlaube. (IHT, 22.6.98)

Im Vorfeld des Clinton-Besuchs wa-ren sowohl in der US-Presse als auch in den chinesischen Medien die bila-teralen Handelsbeziehungen diskutiert worden. So hatte z.B. der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Zhu Bangzao, die USA aufgefordert, die Handelsbarrieren für High-Tech-Exporte abzubauen und die Wettbe-werbsfähigkeit der US-Unternehmen in China zu stärken, um auf diese Wei-se das Defizit der USA im Handel mit China zu reduzieren. Weiterhin wurde das Volumen des US-Defizits nach chi-nesischen Berechnungen als wesentlich geringer bezeichnet, als es nach amer-ikanischen Statistiken sein soll. (US-Statistiken für 1997 zufolge importier-ten die USA aus China Güter für rd. 63 Mrd. US\$, exportierten jedoch le-diglich für 13 Mrd. US\$ nach China, IHT, 4.6.98. Chinesischen Statistiken nach betrug der chinesische Überschuß im Handel bei einem bilateralen Han-delsvolumen von 48,99 Mrd. US\$ im letzten Jahr lediglich 16,4 Mrd. US\$, NZZ, 27./28.6.98; XNA, 17.6.98.)

Zhu wies darauf hin, daß die Inten-sivierung der bilateralen Beziehungen auch der amerikanischen Seite Vortei-le gebracht habe. So seien in der US-Exportindustrie, die Produkte für den chinesischen Markt herstelle, 300.000 Arbeitsplätze geschaffen worden. Ins-gesamt seien mehr als eine Milli-

on Arbeitsplätze im amerikanischen Industrie- und Dienstleistungssektor im Zuge des Ausbaus der gemeinsa-men Wirtschaftsbeziehungen entstan-den. Außerdem hätten die USA ihr Exportvolumen von 1,86 Mrd. US\$ im Jahre 1979 auf 16,3 Mrd. US\$ steigern können. Darüber hinaus profitierten die US-Konsumenten von den preis-günstigen chinesischen Produkten, die zur niedrigen Inflationsrate beitragen. (XNA, 16.7.98)

Zu Recht wird jedoch in einem Arti-kel im *Asian Wall Street Journal* dar-auf hingewiesen, daß China im Han-del stärker von den USA abhängig ist als umgekehrt. So entspricht der Ge-samthandel zwischen den USA und China (US-Statistiken zugrunde ge-legt) einem Wert von 8,3% des chine-sischen BIP, jedoch nur 0,9% des US-amerikanischen BIP. Während rund ein Drittel der chinesischen Exporte in die USA gehen, ist China für ame-rikanische Ausfuhren nur mit 3% der Gesamtexporte das Zielland. (AWSJ, 25.6.98)

In einem Interview mit der Xinhua-Nachrichtenagentur gab der stell-vertretende MOFTEC-Minister Sun Zhenyu die Entwicklung der ameri-kanischen Investitionen in China be-kannt. Chinesischen Statistiken zufol-ge gab es bis Ende 1997 insgesamt 24.366 Projekte mit einem vertraglich festgelegten Investitionsvolumen von 40,06 Mrd. US\$ und bereits realisier-ten Investitionen in Höhe von 17,5 Mrd. US\$. (XNA, 20.6.98) Zuneh-mend haben US-Unternehmen auch in den Konsumgüterbereich investiert, obwohl sie sich hier durchaus auch Problemen gegenüber sehen. Vor dem Clinton-Besuch mußte z.B. eine Lö-sung für den umstrittenen Direktver-kauf amerikanischer Unternehmen wie Avon in China gefunden werden. Der Direktverkauf von Avon war mit der Begründung verboten worden, daß da-mit negative Auswirkungen auf die Wirtschaftsordnung verbunden seien und die soziale Stabilität gefährdet werde. Vor dem Clinton-Besuch er-hielt die Niederlassung Avon Products (Guangzhou) Ltd. die Genehmigung, eine Ladenkette mit Einzelhandelsge-schäften zu eröffnen. Das Unterneh-men Avon, das seit 1990 in China ope-riert, hat derzeit 75 Niederlassungen sowie zwei Fabriken in den Städten Guangzhou und Conghua in der Pro-vinz Guangdong. (XNA, 23.6.98)

In den USA war Anfang Juni die alljährliche Diskussion um die Erteilung der Meistbegünstigung mit dem Beschluß des Präsidenten beendet worden, die Meistbegünstigung zu verlängern. Zuvor war von verschiedenen Seiten gewarnt worden, welche Folgen eine Nichtverlängerung für China und Hongkong bzw. die gesamte asiatische Region haben würde. So hatte der Hongkong-Kommissar der USA, Kenneth Pang Tsan-wing, darauf hingewiesen, daß eine Nichtverlängerung der Zollvergünstigungen 250.000 Arbeitsplätze in Asien gefährden und die wirtschaftliche Erholung dort in Frage stellen könnte. (SCMP, 5.6.98)

Clinton begründete die erneute Erteilung der Meistbegünstigung damit, daß eine Nichtverlängerung eine Unterbrechung der wirtschaftlichen und auch der strategischen Beziehung zu China darstelle. Dies hätte bedeutet, daß sich die USA von einem Viertel der Welt zu einem Zeitpunkt abkehrt, zu dem die Kooperation zur Erhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit vor allem vor dem Hintergrund der jüngsten Ereignisse in Südasien (Atomtestversuche in Indien und Pakistan) besonders wichtig sei. Clinton begrüßte auch die Entscheidung Chinas, den Vorsitz bei der Tagung des UN-Sicherheitsrats in Genf zu übernehmen. Clinton lobte China für diese Entscheidung und sah darin einen Beweis, daß China eine wichtige Rolle bei den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts spielen könne. Diese Kooperation sowie die wachsenden bilateralen Handelsbeziehungen rechtfertigten Clinton zufolge die Verlängerung der Meistbegünstigung. (IHT, 4.6.98) -schü-

18 Euro wird Einfluß auf bilateralen Außenhandel zwischen China und der EU haben

Chinesische Finanzexperten gehen davon aus, daß der Wechselkurs des zukünftigen „Euro“ auch Einfluß auf Chinas Auslandsschulden haben wird. Eine Gruppe von Analysten der Bank of China untersuchen derzeit die zu erwartenden Auswirkungen, die für China mit der Einführung einer gemeinsamen Währung in der Europäischen Union (EU) verbunden sein werden.

Da 41% aller Regierungskredite Chinas aus EU-Ländern kommen, beeinflussen Wechselkurs und Zins-

satz des Euro die Auslandsschulden Chinas. Darüber hinaus müßten sich die chinesischen Unternehmen auf die neue Währung einstellen, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer technischen Ausstattung als auch mit Blick auf die Ausbildung des Personals. Das Gesamtvolumen der vertraglich zugesagten Kredite der EU für China belief sich Ende 1997 auf 12,8 Mrd. US\$.

Die Nachrichtenagentur Xinhua weist in ihrem Bericht darauf hin, daß viele Experten in China annehmen, daß die Währungsunion einen Handelsaufschwung und bessere Geschäftsmöglichkeiten für EU-Unternehmen in Westeuropa mit sich bringen werde. Negative Effekte auf die bilateralen Handelsbeziehungen werden kaum erwartet. Vielmehr wird davon ausgegangen, daß chinesische Unternehmen mit weniger Risiken im Handel mit der EU konfrontiert würden, da der Euro kreditwürdig und stabil sein werde. (XNA, 5.5.98)

Das MOFTEC soll dagegen die Sichtweise vertreten, daß die Einführung des Euro für China mit negativen Wirkungen auf den Export und mit Kosten für die technische Umstellung verbunden sein werde. So werde die einheitliche Währung zu einer Senkung der Produktionskosten in der EU führen, zur weiteren Rationalisierung der Industriestrukturen in der EU beitragen und die regionale Arbeitsteilung stärken. Außerdem würden die strikten Anforderungen an die Haushalte der EU-Länder und die Auflagen einer restriktiven Geldpolitik die Exporte begrenzen und die Reduzierung nichttarifärer Handelsbarrieren verhindern können. Weiterhin sei einzuplanen, daß der Euro als Reservewährung zumindest einen Teil der bisher in Yen und US-Dollar gehaltenen Devisen verdrängen werde. (SCMP, 1.6.98)

Chinesische Handelsstatistiken für das 1. Quartal 1998 zeigen einen Anstieg des bilateralen Handelsvolumens um 11,4% auf 9,7 Mrd. US\$. Chinesischen Exporten im Werte von 6,12 Mrd. US\$ (+30,1%) standen Importe aus der EU in Höhe von 3,58 Mrd. US\$ (-10,2%) gegenüber. Diese für China sehr positive Entwicklung wird auf eine Reihe politischer Maßnahmen zurückgeführt. So habe die EU Ende letzten Jahres Chinas Fortschritte bei der Transformation

des Wirtschaftssystems anerkannt, indem China von der Liste der „Nicht-Marktwirtschaften“ gestrichen wurde. Weiterhin habe die EU-Kommission am 25. März 98 mit ihrem Dokument „Building a Comprehensive Partnership with China“ eine neue politische Dimension des Dialogs, engere Zusammenarbeit und eine Verbesserung der gesamten bilateralen Beziehungen gefordert. Während des 2. Asia-Europe-Meeting im April d.J. sei es außerdem zu einer ersten Gipfelkonferenz zwischen China und Europa gekommen. Hierbei sei man übereingekommen, eine langfristige, stabile und konstruktive Partnerschaft aufzubauen.

Der Blick auf die steigenden Investitionen aus der EU zeige ebenfalls eine wirtschaftliche Annäherung zwischen der EU und China. Bis Ende 1997 registrierte die chinesische Seite 8.352 Projekte mit einem vertraglichen Investitionsvolumen von 31,47 Mrd. US\$, davon waren 13,05 Mrd. US\$ bereits realisiert. Die EU ist damit der fünf-wichtigste Investor in China.

Aus Sicht Chinas ist die EU auch von herausragender Bedeutung für den Technologietransfer. Bis Ende 1997 wurden 6.864 Technologieimporte mit einem Vertragswert von 38 Mrd. US\$ getätigt, das waren 44,9% der gesamten Technologieimporte. (XNA, 2.5.98) -schü-

19 Mehr Lizenzen im Außenhandel und Exportanreize sollen Ausfuhren unterstützen

Um das Exportwachstum zu fördern, will die Regierung auch private chinesische Unternehmen mit Import- und Exportlizenzen ausstatten. Diese Unternehmen sind bisher gegenüber den staatlichen Unternehmen und den mit ausländischem Kapital finanzierten Unternehmen diskriminiert worden. Allerdings werden nach Angaben der *China Economic Times* auch für private Unternehmen dieselben Bedingungen für die Lizenzerteilung gelten wie für staatliche Unternehmen. Dazu zählen ein Grundkapital von 5-8 Mio. US\$, ein Exportvolumen von 1 Mio. US\$ pro Jahr in zwei aufeinanderfolgenden Jahren bzw. Ausfuhren technologieintensiver Produkten von 500.000 US\$ pro Jahr. (AWSJ, 1.6.98; NfA, 3.6.98)

Obwohl damit ein weiterer Schritt zur Gleichstellung von privaten Unternehmen gemacht werden soll, werden es diese gegenüber der staatlichen Konkurrenz sehr schwer haben, zumal die staatseigenen Unternehmen durch Fusionen in den letzten Monaten noch gestärkt wurden. So wurde gerade im Frühjahr d.J. durch die Zusammenlegung von vier staatlichen Handelshäusern ein Konglomerat im Außenhandel geschaffen, das 3.000 Beschäftigte und ein Anlagevermögen von 16 Mrd. Yuan einschließt. Das neue Unternehmen, die China General Technology (Group) Holding Ltd., hat die Unternehmen China National Technical Import and Export Corp., die China National Machinery Import and Export Corp., China National Instruments Import and Export Corp. und China National Corporation for Overseas Economic Cooperation zusammengeschlossen. Diese Unternehmen waren zuvor unter dem Dach des MOFTEC geführt worden, das die Aufsicht über rd. 30 Import- und Exportunternehmen führt. Der Zusammenschluß zielt auch auf die Steigerung des Umsatzes ab, der bis zum Jahr 2000 auf 100 Mrd. Yuan von derzeit 65 Mrd. Yuan erhöht werden soll. (NfA, 30.3.98)

Die Gesamtzahl der Unternehmen, die zum Außenhandel zugelassen sind, beläuft sich nach Angaben der staatlichen Handelskommission auf rd. 8.000 chinesische Unternehmen. Allerdings weisen die meisten Unternehmen ein relativ geringes Exportvolumen auf. Nach einer Untersuchung unter 4.700 Unternehmen mit Außenhandelslizenz erzielte nur jedes zehnte chinesische Unternehmen einen Exportwert von 10 Mio. US\$; 487 Unternehmen wiesen Exporte von mehr als 10 Mio. US\$ im letzten Jahr auf. Lediglich 50 Unternehmen erreichten Ausfuhren mit einem Exportvolumen von mehr als 50 Mio. US\$; 24 hiervon exportierten einen Wert von mehr als 100 Mio. US\$. (NfA, 11.5.98)

Nach Prognosen des MOFTEC werden die Exporte im 1. Halbjahr um 8% und im 2. Halbjahr um 5% gegenüber der jeweiligen Vergleichsperiode des Vorjahres zunehmen. In den ersten fünf Monaten erreichte das Exportvolumen 71,11 Mrd. US\$, ein Anstieg um 8,6% gegenüber der Vorjahresperiode. Das vergleichsweise geringere Wachstum ist insbesondere auf einen Rückgang der Ausfuhren nach

Japan (-5,7%), Südkorea (-29,6%) und in die ASEAN-Länder (-10,5%) zurückzuführen. Dem MOFTEC-Bericht zufolge hat der Rückgang in der Dynamik der Exporte auch das gesamtwirtschaftliche Wachstum beeinträchtigt. So trugen die Exporte im ersten Quartal noch mit 28,9% zum BIP-Wachstum bei, während sich ihr Beitrag im gesamten letzten Jahr auf 39,2% des BIP belief. (SCMP, 19.6.98)

Da in den ersten fünf Monaten d.J. die Einfuhren lediglich um 1,5% auf 52,6 Mrd. US\$ stiegen, konnte China nach wie vor einen Exportüberschuß erwirtschaften, der sich auf 18,5 Mrd. US\$ belief. (NfA, 12.6.98) Zu diesem Ergebnis trug vor allem auch die Erhöhung der Ausfuhren von Maschinen und Elektronikprodukten um 19% auf 24,6 Mrd. US\$ bei. Dies war mehr als ein Drittel der Gesamtexporte in diesem Zeitraum.

Daß die Maschinen- und Elektronikbranche ihre Ausfuhren derartig steigern konnte, ist auf die Wirkungen neuer Förderungsmaßnahmen für den Export zurückzuführen, von denen diese Branchen profitieren konnten. Hierzu zählen die Ausweitung der Exportrechte auf eine größere Zahl von verarbeitenden Unternehmen, spezielle Anreize wie Steuerrückerstattung an Exportunternehmen und die Bereitstellung von Unternehmenskrediten. (AWSJ, 16.6.98)

Nach Angaben der Staatlichen Steuerbehörde sollen Zement, Kohle und bestimmte Stahlprodukte ebenfalls in die Liste der Exportprodukte aufgenommen werden, für die höhere Steuerrückerstattungen gelten sollen. Hierzu zählen bereits elektrische Ausrüstungen auf High-Tech-Niveau, Schiffe und bestimmte Industrieausrüstungen.

Auf alle Exporte wird eine Mehrwertsteuer in Höhe von 17% erhoben. Für Textilexporte wurde bereits Anfang des Jahres die Steuerrückerstattung von 9% auf 11% erhöht, um eine gewisse Kompensation für die mit der Asienkrise verbundenen Ausfälle zu bieten. (AWSJ, 4.6.98)

Die Provinz Guangdong, die rd. 40% zu den gesamten Exporten Chinas beiträgt, plant über die üblichen Maßnahmen hinaus, weitere Anreize für staatliche Exportunternehmen. Zwar hat die Provinz Guangdong in den ersten vier Monaten d.J. die Ausfuhren

noch um 16,1% steigern können, doch wird mit einem weiteren Rückgang des Wachstums gerechnet.

So sollen Ausfuhrunternehmen in Guangdong, die ihre Exporte um 15% erhöhen können, eine Erstattung der Steuern auf ihre Gewinne erhalten. Weiterhin wollen die Lokalregierungen für solche Unternehmen günstige Kredite mit subventionierten Zinsen bereitstellen. Auch für mit Auslandskapital gegründete Unternehmen in Zhuhai, Shantou, Shenzhen und Guangzhou wurden die Lokalregierungen aufgefordert, eine mögliche Ausweitung von Präferenzbehandlungen der staatlichen Exportunternehmen auf diese Unternehmensgruppe auszuweiten. (SCMP, 12.6.98)

Das Volumen der von der Export and Importbank of China (Exim-Bank) in diesem Jahr bereitgestellten Kredite zur Förderung der Exporte von Unternehmen, die Elektronikprodukte, Maschinen und andere Kapitalgüter exportieren, wird sich nach Angaben der Bank auf 24,3 Mrd. US\$ belaufen. Gegenüber 1997 wird dies ein Anstieg um 60% sein. (XNA, 24.6.98) -schü-

20 Drei chinesische Städte zählen zu den weltweit teuersten Städten

Nach dem Bericht „Worldwide Cost of Living Rankings“ des Genfer Unternehmens Corporate Resources Group (CRG) zählten die Städte Hongkong, Beijing und Shanghai Mitte 1998 zu den fünf teuersten Städten weltweit.

Auf der Basis eines Punktesystems, bei dem New York 100 Punkte erhielt, entfielen auf Hongkong 157,4 Punkte. Die Stadt ist damit die teuerste weltweit. Hongkong hat Tokyo als nunmehr zweit teuerste Stadt überholt, da Tokyo aufgrund der Abwertung des Yen preisgünstiger geworden ist. Auch andere asiatische Städte wurden im Zusammenhang mit der Asienkrise kostengünstiger. Hierzu zählen beispielsweise Seoul (Rang 7 im Jahre 1997, Rang 46 im Jahre 1998) und Singapur (von Rang 8 auf Rang 13).

Von den chinesischen Städten stellt sich 1998 Beijing (153,1 Punkte) als drit teuerste Stadt dar; auf Platz fünf lag Shanghai (144,9 Punkte), auf Platz 7 Guangzhou (122,8 Punkte) und auf Platz 9 Dalian (Provinz Liaoning) (112,9 Punkte).

In den Index der Lebenshaltungskosten der CRG fließen 200 verschiedene Kategorien wie z.B. Kosten von Nahrungsmitteln, von Alkohol und Tabak, von Kleidung und Schuhen, von Haushaltsdienstleistungen, von persönlicher Pflege, Energiekosten, Telefongebühren sowie Kosten von Transport, Sport, Freizeit etc. (SCMP, 29.6.98; XNA, 1.7.98) -schü-

Zu den Prinzipien der Preisbestimmung zählen: a) Liegt der Preis für Marktgetreide über dem Protektionspreis, gilt der Marktgetreidepreis als Referenzpreis für fixe Quoten. b) Ist der Marktgetreidepreis geringer als der Protektionspreis, darf der zu bestimmende Preis für fixe Quoten nicht niedriger als der Protektionspreis liegen. Für Getreideverkäufe der Bauern, die über die Ablieferung ihrer fixen Quoten hinausgehen, soll der Marktpreis gelten. Nur wenn der Marktpreis niedriger als der Protektionspreis ist, soll dieser herangezogen werden. (Artikel 4)

(Artikel 21). (Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 11.6.98, nach SWB FE/D3254/CNS 16.6.98)

Die oben genannten Bestimmungen sind das Ergebnis einer landesweiten Konferenz zur Umstrukturierung des Getreidemarketing, die Anfang Mai d.J. stattfand. Hierbei ging es vor allem um die hohen Subventionen, die die Zentralregierung in den letzten Jahren leisten mußte. So stiegen diese Subventionen vor allem für die Getreidelagerung, da aufgrund der Überschüsse in den letzten drei Jahren die Lager immer voller wurden. Das Volumen von Getreideankauf und -lagerung belief sich im letzten Jahr auf rd. 100 Mio. t. (Schätzungsweise 50 Mio. t werden für die Ernährung der städtischen Bevölkerung benötigt. (SCMP, 4.5.98) Die Getreidereserven werden als ausreichend angesehen, um die chinesische Bevölkerung im Falle von Naturkatastrophen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren mit Getreide versorgen zu können.

Binnenwirtschaft

21 Weiterhin strikte Bestimmungen für Getreideankauf, doch Dezentralisierung von Verantwortlichkeiten

Die Nachrichtenagentur Xinhua veröffentlichte am 11.6.98 umfassende Bestimmungen des Staatsrats für den Ankauf von Getreide. Die Bestimmungen verfolgen das Ziel (Artikel 1), das Management des Getreideankaufs zu stärken, die Ordnung im Getreidemarkt und das Getreideangebot zu sichern sowie die Rechte und Interessen der Getreideerzeuger zu schützen.

Den Bestimmungen nach sollen fixe Quoten für den Getreideankauf gelten, damit ausreichende Mengen Warengetreide von den Bauern abgeliefert werden. Für den Ankauf fixer Quoten sind die Lokalregierungen (Provinzen, Regionen, regierungsunmittelbare Städte) zuständig. Die staatseigenen Getreideankauf- und Getreidelagerunternehmen sind angewiesen, von den Bauern auch dann noch weiter Getreide anzukaufen, wenn diese ihre Ablieferungen auf der Basis fixer Quoten erfüllt und ihren Anteil zur Selbstversorgung einbehalten haben. (Artikel 3)

Beim Getreideankauf soll die staatliche Preispolitik strikt angewandt werden. Für den Getreideankauf gilt ein System des Protektionspreises, das den Bauern die Deckung der Produktionskosten und einen angemessenen Verkaufspreis für Getreide garantieren soll. Die Prinzipien, die diesem Protektionspreis zugrunde liegen, sollen vom Staatsrat festgelegt und das konkrete Preisniveau von den Lokalregierungen (Provinzen, Regionen, regierungsunmittelbare Städte) bestimmt und dem Staatsrat berichtet werden.

Der Getreideankauf darf nur von staatseigenen Getreideankauf- und Getreidelagerunternehmen durchgeführt werden, die eine Genehmigung von den Getreideabteilungen der Kreisregierungen erhalten haben. Keiner Organisation oder einzelnen Person ist der direkte Ankauf von Getreide bei den Bauern oder anderen Getreideproduzenten erlaubt. Die genehmigten Unternehmen dürfen auch nur Getreide innerhalb ihres Kreises ankaufen und nicht außerhalb dieser Region. (Artikel 5) Diese Unternehmen müssen nachweisen, daß sie ausreichende Getreidelagerkapazitäten besitzen sowie über geeignetes Personal für die Getreideprüfung und -lagerung verfügen. Außerdem müssen sie ein Konto bei der China Agricultural Development Bank haben und das Kreditmanagement der Bank akzeptieren. (Artikel 6)

Die Bestimmungen legen weiterhin fest, daß die lokalen Finanzabteilungen die Subventionen für Getreide (Zinsen und Gebühren für Reservegetreide) fristgerecht bereitstellen müssen. (Artikel 9) Auch verlangen die Bestimmungen, daß die staatseigenen Getreideankauf- und Getreidelagerunternehmen die Ankaufspreise und Qualitätsstandards zu veröffentlichen haben. (Artikel 10) Außerdem sehen die Bestimmungen harte Strafen für die Niederlassungen der China Agricultural Development Bank vor, die Finanzmittel für den Getreideankauf verspätet zuteilen oder für andere Zwecke als den Getreideankauf verwenden. (Artikel 15) Auch die Einbehaltung von Gebühren oder Steuern von den Bauern beim Getreideankauf durch die Ankaufsunternehmen wird nicht erlaubt und mit einem Bußgeld von 10.000 bis 50.000 Yuan belegt.

Im Vorfeld der Konferenz waren bereits die drängenden Probleme des Getreidemarketing angesprochen worden: 1) Die finanzielle Belastung des Staates ist enorm gestiegen, da Getreide zum Protektionspreis angekauft werden muß, um Produktionsanreize für die Bauern aufrechtzuerhalten. Im letzten Jahr beliefen sich die Subventionen auf 45 Mrd. Yuan. 2) Die staatseigenen Getreideunternehmen arbeiten nicht effizient, sie haben ein schlechtes Management, ungeeignete Lagerkapazitäten und zu viel Personal. Die Beschäftigtenzahl in diesen Unternehmen erhöhte sich in den letzten zehn Jahren von rd. 1 Mio. auf 4 Mio. Arbeitskräfte. 3) Finanzmittel werden zweckentfremdet, die für den Getreideankauf bestimmt sind. Die Verluste und Bankkredite der Unternehmen sind eine starke Belastung für die Finanzabteilungen und Banken. In der Provinz Sichuan beispielsweise stiegen die Schulden dieser Unternehmen seit 1993 auf rd. 6 Mrd. Yuan.

Um die vielfältigen Probleme zu lösen, schlugen einige Experten vor, zwischen den Verpflichtungen der Zentralregierung und denen der Lokalregierungen zu unterscheiden. Während die Zentralregierung für die gesamtwirtschaftliche Kontrolle und Regulierung von Getreide und Getreidelage-